

Jobs durch Klimaschutz + Bildung + Gesellschaftliche Teilhabe

Grünes Maßnahmenpapier 'Green New Deal' für Hannover

22. September 2009

Um uns zukunftsfähig auszurichten und Jobs durch Klimaschutz, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen, streben wir folgendes Maßnahmenpaket an:

I. Sicherung und Schaffung neuer Jobs durch ökologische Modernisierung - Maßnahmen für Klimaschutz und Arbeitsplätze

Intensivierung der Aktivitäten HannoverImpuls im Bereich Klimaschutzwirtschaft – Arbeitsplätze und Firmenansiedlungen

HannoverImpuls hat seit grün initiiertem Ratsbeschluss von Juli 2007 seine Aktivitäten auf das Cluster Klimaschutzwirtschaft und regenerative Energien ausgeweitet. Dies erfolgt in Ergänzung und enger Abstimmung mit den vorhandenen Akteuren wie z. B. der Klimaschutzagentur und dem ProKlimaFonds. HannoverImpuls richtet dabei seinen Fokus auf die Erschließung der wirtschaftlichen und der Beschäftigungspotentiale dieser Branche. Wichtige Zielsetzung ist die Förderung von Ansiedlungen u.a. in diesen Bereichen, und zwar in enger Abstimmung mit der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung. Positive Beispiele lokaler Unternehmen mit einer starken Arbeitsplatzentwicklung sind AS-Solar, Windwärts und powersol. Es müssen noch stärker Firmen motiviert werden, die verfügbaren Gelder abzurufen und zu nutzen.

Intensivierung der Aktivitäten im Rahmen Klimaschutzaktionsprogramm LHH 2008-2020

Die Umsetzung des Klimaschutzaktionsprogramm 2008 – 2020 der LHH mit umfassenden Fachprogrammen der LHH, Stadtwerke Hannover, Produktion und Dienstleistungen, Wohnen/Haushalte bei einer ambitionierten Zielsetzung (40 % Minderung CO₂-Ausstoß gegenüber 1990) ist seit Ratsbeschluss Dezember 2008 im Gange. Die Zielerreichung ist schrittweise zu überprüfen (Evaluation 2010), um bei Bedarf nachzusteuern. Wichtige bevorstehende Schritte sind der Ausbau des Gas- und Dampfturbinenkraftwerks in Linden und das Fernwärmeausbauprogramm durch die Stadtwerke Hannover. Das Image der Passivhaus-Region muss verfestigt werden. Dazu ist die Realisierung der geplanten Klimaschutzsiedlung im Stadtbezirk Wettbergen (In der Rehre-Süd) mit rund 300 Passivhäusern der nächste große Schritt.

Wichtiger Baustein hierfür ist auch das Kompetenzzentrum Energieeffizienz e. V. an der FH Hannover. Es besteht seit 2007 und bündelt die Kompetenzen von ca. 15 Einrichtungen, um Wissenschaft, Forschung und Lehre zu intensivieren sowie diese mit der Wirtschaft zu verknüpfen (z. B. energiesparendes Bauen, energieoptimierte Systeme anwendungsorientiert für die Industrie).

Intensivierung der Aktivitäten zur energetischen Sanierung von Gebäuden

Die LHH wird in den Jahren 2008 bis 2012 voraussichtlich ca. 325 Mio € in die Modernisierung von Schulen und Kitas investieren. Moderne Gebäude sind eine der zentralen Voraussetzungen für gute Bildung. Dabei besteht der Anspruch der energetischen Sanierung, über den aktiv zum Klimaschutz sowie zur Senkung dauerhafter Betriebskosten beigetragen wird. Wir fordern die Kommunalaufsicht auf, die hierfür erforderlichen Kredite zu genehmigen! Schließlich schaffen und sichern die kommunalen Investitionen Arbeitsplätze: ca. 800 – 1.000 Arbeitsplätze in der

´erweiterten Region´ (mit Hameln, Hildesheim, Celle) bei einem Investitionspaket von ca. 120 Mio € im Zeitraum 2009-2010 (durch erhöhte Wertgrenzen bei beschränkten Ausschreibungen landen ca. 90 % der städtischen Aufträge bei Firmen in der Region Hannover).

Umsetzung Konzept Hermes+ durch Deutsche Messe AG Hannover

Konsequente Umsetzung des Zukunftskonzeptes Hermes+ der Deutschen Messe AG. Dieses war im Zuge der Eigenkapitalstärkung der Messe AG (125 Mio € durch LHH) mitbeschlossen worden. Es dient der Sicherung des Bestandsgeschäftes und der Schaffung neuer Wachstumspotenziale, u. a. Ausbau Themenschwerpunkt elektrische Antriebe und Mobilität sowie Entwicklung Hannovers zur Plattform für die Themen Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit. Die Hannover Messe ist die größte Energiemesse der Welt. Das muss verstetigt werden. Die Hannover Messe greift 2010 alternative/energieeffiziente Antriebstechnologie als Leitthema auf.

20 % regenerativer Strom in der Region Hannover bis 2020 – besser mehr!

Im Klimaschutzaktionsprogramm der LHH (Anlage 2) wird ein Szenario dargelegt, dass über intensive Bemühungen der Strombedarf in der Region Hannover zu 20 % regenerativ gedeckt werden kann. Den größten Anteil würde demnach über Windenergie durch Repowering und 60 zusätzliche Anlagen in der Region beigesteuert (ca. 14 von 20 %). Geprüft werden sollte, ob mehr als 20 % bis 2020 machbar sind. Die Stadtwerke Hannover sollten sich hier stärker engagieren, u.a. über die Anfang 2009 gegründete Gesellschaft „8KU Renewables GmbH“, die Beteiligungen an Projekten erneuerbarer Energien im In- und Ausland ermöglicht, aber auch durch Realisierung regionaler Projekte wie Biogasanlagen in Ronnenberg und Langenhagen sowie ein Windenergieprojekt im Wassergewinnungsgebiet Fuhrberger Feld.

Zukunftstechnologie Green IT

Der deutschlandweite Stromverbrauch für Rechenzentren und Serverräume hat sich seit 2000 im Zuge intensiver Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik mehr als verdoppelt. Innovative Technik im Zuge Green IT stellt Möglichkeiten dar, wie Informations- und Kommunikationstechnik trotz hoher Leistungsanforderungen mit weniger Strom- und Klimatisierungsbedarf energieeffizient betrieben wird. Die Verwaltung prüft derzeit auf unsere Initiative hin, welche Energieeinsparpotenziale im Sinne Green IT beim städtischen Rechenzentrum, den Serverräumen und den ca. 8.000 Einzelplatzrechnern der Stadtverwaltung bestehen. Wir wollen energieeffiziente Hardware, Vermeidung überhöhter Klimatisierung im Rechenzentrum und in Serverräumen, reduzierte Hard- und Software an den PC's in Richtung server based computing bzw. thin clients. Green IT ist für uns ein Baustein der städtischen Anstrengungen zum Klimaschutzaktionsprogramm 2008-2020, um CO₂-Emissionen zu reduzieren. Über Stromeinsparung (weniger Wärmeentwicklung) kann sogar die technische Funktionsfähigkeit der Technik verbessert werden. Dass wir dieses Thema angehen, ist für uns insbesondere als Cebit-City eine Verpflichtung. Neben den Bemühungen für das Rathaus gilt dies auch für die Ausstattungen der Schulen Hannovers. Das Gymnasium Humboldtschule in Linden-Süd, die Grundschule Mengendamm in der List und die IGS Linden sind bereits gute Vorbilder für eine energieeffiziente IT.

Clean tech für zukunftsfähige Fahrzeuge

Unter Federführung von hannoverimpuls soll ein Konzept für die Sicherung/Schaffung von Arbeitsplätzen in Stadt und Region Hannover im Bereich clean tech für zukunftsfähige PKW und Nutzfahrzeuge entwickelt werden. Wichtiger Themenbereich dabei sind die Entwicklung und zukünftige Versorgung alternativer Antriebsarten auf Basis erneuerbarer Energien (Ökostrom, Biogas etc.). Können Firmen in Hannover-Stöcken wie VARTA bzw. Johnson Controls + Conti + VW Nutzfahrzeuge in der Entwicklung der Batterietechnik für Hybrid- und Elektrofahrzeuge kooperieren? (z. B. Optimierung der Lithium-Ionen-Technologie). Einbeziehung WABCO Hannover zum Themenbereich Rückgewinnung von Bremsenergie bei Nutzfahrzeugen (die

Technik ist bekannt bei Schienenfahrzeugen, auch bei ersten PKW wie dem Hybridfahrzeug Toyota Prius). Einbeziehen Fa. Solvay in Hannover in die Fragestellung Erhöhung Kunststoffanteile in Fahrzeugen, um das Gewicht zu reduzieren. Einbeziehung des Projektzentrums Automotive von hannoverimpuls zwecks interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Automobilherstellern, Zulieferbetrieben und Forschung auch in diesen Fragestellungen. Die Stadtwerke Hannover sollten eine Strategie entwickeln, wie sie sich für die zukünftige Versorgung von BioGas- und Ökostromfahrzeugen anbieten kann. Einbindung des Fahrzeugherstellers EcoCraft Automotive aus Wunstorf, der einen 'EcoCarrier' als Nutzfahrzeug für kleinere Radien entwickelt hat und fertigen lässt (die städtische Beschäftigungsförderung in der Hölderlinstraße testet den 'EcoCarrier' für Auslieferungen der Stadtgärtnerei auf Alltagstauglichkeit).

Stadt und Region Hannover sollen als Klimaschutzregion an dieser Entwicklung aktiv mitwirken und mögliche Arbeitplatzeffekte nutzen.

Mehr BHKW statt Staudinger

Nachahmenswert ist der Plan des Hamburger Energieanbieters Lichtblick. Diese wollen mit VW eine Kooperation zur Produktion und zum Vertrieb von Blockheizkraftwerken eingehen. Ziel ist es, zehntausende Blockheizkraftwerke zu vernetzen, um konventionelle Großkraftwerke zu ersetzen. Das lässt sich auf Hannover übertragen. Grüne setzen sich bereits seit Jahren dafür ein, dass die Stadtwerke Hannover auf die Beteiligung am Bau des umweltpolitisch kontraproduktiven Kohlekraftwerks Staudinger bei Hanau verzichten, u. a. zu Gunsten der BHKW-Technologie. Denn die sind energieeffizient, klimafreundlich und schaffen Arbeitsplätze, weil sie auch in Hannover gebaut werden (Firmen KRAFTWERK und Energiewerkstatt). Die Klimaschutzagentur der Region Hannover soll ihre Anstrengungen zur Förderung der BHKW-Technik verstärken.

Förderung der regionalen Landwirtschaft durch Bauernmärkte

An 8 Standorten im Stadtgebiet finden regelmäßig Bauernmärkte statt. Hier vermarkten die Produzenten, und zwar nur die Bauernhöfe aus der Region Hannover. Übrigens ist in Folge eines rot-grünen Ratsantrages von 1999 gewährleistet, dass auf städtischen Flächen kein transgenes Saatgut zum Einsatz kommt, zumal der überwiegende Teil der Bevölkerung dies auch ablehnt.

II. Zukunftsinvestitionen in Bildung

Bildung für die Kleinen als Voraussetzung für einen zukünftigen Job

Der qualitative und quantitative Ausbau der Kinderbetreuung ist ein zentraler Baustein der Grünen Kinder- und Jugendpolitik. Durch die Verbesserung der Bildungschancen bereits im Kleinkindalter sollen die Voraussetzungen für eine sichere Gestaltung der persönlichen Zukunft geschaffen werden. Hierzu gehört das Krippenausbauprogramm „5 X 300“, die Finanzierung von Fachkräften in Krippen und Kinderläden (zweite Fachkraft in Kleinen Kindertagesstätten und dritte Fachkraft in Krippen-Kinderläden) sowie der Ausbau von Integrationsgruppen und Kindergartengruppen mit Einzelintegration.

Für Kinder im Schulalter hat die Sicherung einer qualitativen und quantitativen Bildung, Betreuung und Erziehung die höchste Priorität. Für die Grünen heißt das: Hortbetreuung, Familienzentren, Elternbildung (Stadtteilmütter, interkulturelle Familienbildung, Sprachförderung, Eltern mit behinderten Kindern, Allein Erziehende). Die voranschreitenden Veränderungen der Lebenssituationen von Familien und Kinder haben auch dazu geführt, dass eine Neuorientierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit für die Stadt Hannover als notwendig angesehen wurde und derzeit von Fachleuten erarbeitet wird.

Ausbau der Bildungsinfrastruktur durch Investitionen in Bau und Inhalt

Sanierungsprogramm 2010 – 2012 an Schulen und Kitas in Hannover. Mittelfristig sollen mindestens 50 % der hannoverschen Schulen zu Ganztagschulen mit entsprechend qualitativen inhaltlichen Angeboten ausgebaut werden, wie zum Beispiel auch Musik- und Sportangebote.

Bereits in der Vergangenheit wurden für die inhaltliche Arbeit folgende Gelder bereit gestellt:

- Schule im Stadtteil → 640.000 €/a
- Aufbau stadtteilorientierter Netzwerke für Bildung und Qualifizierung an Hauptschulen → 250.000 €/a
- Initiativen zur kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen → 265.000 €/a.

Insgesamt wollen wir durch die Investitionen zur Sanierung und Inhaltlichen Arbeit die Übergänge durch Vernetzung und Kooperation der Bildungseinrichtungen verbessern und somit auch das Bildungsangebot Vorort zum Beispiel in den Stadtteilen, rund um die Schulen, ausbauen.

Ausbau der Ganztagschulen

Hannovers Anteil an Ganztagschulen im Grundschulbereich ist mit zurzeit drei Grundschulen zu niedrig, dies wollen wir bis 2013 verändern: bis zu 30 Grundschulen sollen durch Investitionen für Umbauten für Mensen und den Freizeitbereich und durch kommunale Mittel für Betreuungsangebote im Nachmittagsbereich in Ganztagschulen umgewandelt werden. Nachdem die Stadt Hannover den Bildungsbericht vorgelegt hat, sollen die Schulen und alle Bildungseinrichtungen und Anbieter um die Schulen herum in eine Bildungsplanung eingebunden werden – hierzu soll es ein gesamtstädtisches Konzept geben, in dem für jede Schule ein Angebot entwickelt wird, welches sich an ihren Schüler/innen orientiert. Durch diesen sozialräumlichen Blick auf die Bildungsräume von Kindern und Jugendlichen, „der Ort, an dem sie wohnen und aufwachsen“, soll insgesamt die Teilhabe an Bildung und Kultur verbessert werden. In der Grundschule Albert-Schweitzer-Schule hat sich im Rahmen eines Modellprojektes ein Bildungsmodell entwickelt, das beispielhaft Schul-, Betreuungs- und Freizeitangebote miteinander verknüpft. Der dort angebotene schulische Lern- und Lebensraum, fängt soziale und herkunftsbedingte Unterschiede auf. Darüber hinaus erhalten die Eltern Chance, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren.

Soviel Integrierte Gesamtschulen wie möglich!

Auch das Ziel, soviel Integrierte Gesamtschulen zu schaffen wie möglich, ist eine Verbesserung der Infrastruktur und eine Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Wo wir können, werden wir den Prozess zur Entwicklung einer „Schule für alle“, über den ganzen Tag und ohne Unterschiede zwischen den Schüler/innen aufgrund ihrer Herkunft vorantreiben – auch gegen eine blockierende Schulpolitik auf Landesebene.

Wir legen Schulformen zusammen, wo Schulen zusammenwachsen wollen. Mit der IGS Stöcken und der IGS Badenstedt gibt es bereits zwei neue Integrierte Gesamtschulen in Hannover, ein weiterer Standort wird inzwischen von der Verwaltung gesucht. Besonders Haupt- und Realschulen sehen in der Gründung einer IGS eine Chance wieder als Einrichtung für Bildung und Kompetenzentwicklung der Schüler/innen verstanden zu werden und nicht als Auffangbecken für „gescheiterte“ Gymnasiast/innen und sozial Benachteiligte.

Inklusive Beschulung unterstützen!

Wir werden integrieren und „inkludieren“: Kindern mit und ohne Behinderung sollen sich ganz unabhängig von ihrer geistigen, körperlichen oder seelischen Leistungsfähigkeit mit allen

persönlichen Besonderheiten in der Schule entwickeln können. Was Hannover im Bereich der Kindergärten durch die Schaffung von Integrationsplätzen schon erreicht hat, wollen wir auch in den Schulen in Hannover schaffen. Hier stehen wir noch am Anfang: die Schaffung einer „Schule für alle“, wie sie von der Initiative „Eine Schule für alle“ zum Schuljahr 2010 / 2011 angestrebt wird, werden wir mit allen Kräften unterstützen.

III. Sozialer Arbeitsmarkt – gesellschaftliche Teilhabe für alle

Jugendberufsförderung und Beratung / SGB:

Kommunal kann die Stadt Hannover wenig Einfluss auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nehmen, da die Verantwortung hierfür bei der Region (Arge) und dem Bund (Agentur) liegt. Die Stadt Hannover setzt daher besondere Schwerpunkte bei den Maßnahmen für Jugendliche. In Zusammenarbeit mit freien Trägern wurden Konzepte entwickelt, die deren Problemlagen entgegenwirken sollen. Zudem wurde durch einen politischen Beschluss eine Ausbildungsinitiative für benachteiligte junge Menschen gestartet und finanziell mit 300.000 €/a unterfüttert. Vorrangig sollen diese Konzepte die Integration in den regulären Arbeitsmarkt unterstützen. Folgende Zuwendungsinhalte gibt es:

- Förderung des Hauptschulabschlusses/Qualifikationsförderung Jugendlicher
- Berufliche Ausbildung Non – Profit
- Programm gegen Ausbildungsnot
- Übergang Schule und Beruf

Seit Mitte 2007 gibt es den Pro-Aktiv-Center und das Kompetenzzentrum: Hierbei werden bereits vorhandene städtischen Strukturen (z. B. Schülerberatung; Förderung Schüler bezogener Sozialarbeit; Volkshochschule), bestehende Ansätze bei freien Trägern (z.B. im Wege des Programms „Profilierung Hauptschule“; Jugendmigrationsdienste) einbezogen. Außerdem sind durch die Stadt geförderte Programme der Jugendberufshilfe (hier insbesondere die „Ausbildungsinitiative“) die Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer, das Regionalnetzwerk der Initiative für Beschäftigung sowie Jobcenter und Arbeitsagentur mit eingebunden.

Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe über den HannoverAktivPass

Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe ist der von Grün initiierte und in den Ratsgremien mehrheitlich beschlossene Hannover-Aktiv-Pass. Ziel ist es, für benachteiligte Menschen den Zugang zu Bildung, Sport und Kultur zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Seit dem 01. September 2009 ist er eingeführt. Derzeit werden 400.000 €/a bereitgestellt, die insbesondere für Kinder- und Jugendprojekte und –angebote zur Verfügung stehen sollen. Ein besonderer Erfolg ist die Übernahme der Vereinsbeiträge bis zu 120 € / a. Es ist wünschenswert, dass sich viele Dienstleister, Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen beteiligen, denn von dieser Form der Bürgersolidarität lebt der Pass und entwickelt sich weiter.

Jobs für junge Menschen und Alleinerziehende bei der Stadtverwaltung und Töchtern

Es ist grünes Ziel, in der Ausbildungsstätte Hannover mit der Stadtverwaltung und den Töchtern die kommunalen Ausbildungskapazitäten und die Übernahme der Auszubildenden nach ihrer Ausbildung zu sichern. In der Stadtverwaltung sowie bei ihren Töchtern sollen Teilzeit-Arbeitsplätze für Ausbildungen und das Berufsanerkennungsjahr geschaffen werden. Von diesem Angebot sollen vor allem Alleinerziehende profitieren, die immerhin 1/4 aller Familien ausmachen und durch fehlende geeignete Ausbildungs- und Arbeitsplätze besonders hart von Armut betroffen sind.

Verbesserung Beschäftigungssituation von MigrantInnen

Die Beschäftigungs- und Ausbildungsplatzsituation von MigrantInnen ist entsprechend der im Lokalen Integrationsplan angesprochenen Zielsetzung zu verbessern. Neben der Umsetzung des LIP insgesamt im Sinne der Integration ist es sinnvoll, Existenzgründungen von MigrantInnen zu unterstützen. Zu nennen ist hier beispielsweise der Verein Integrative Existenzgründung (intEX e. V.), der ExistenzgründerInnen berät und unterstützt, und zwar in Kooperation mit dem Gründerservice bei der Hannover Holding.

Tariftreue und Mindestlöhne

Zumindest im politischen Einflussbereich ist zu gewährleisten, dass vereinbarte Mindestlöhne und Tarifregelungen eingehalten werden, z. B. bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen.

Teil IV Finanzen

Mit Soliden Finanzen in die Zukunft

Solide Finanzen bleiben eine unverzichtbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Kommunalpolitik. Der Haushaltskonsolidierungsprozess ist mit der Stufe VII für die Zeit 2010-2012 im politischen Beratungsverfahren. Die Entscheidungen dazu sind Ende 2009 zu treffen. Der Konsolidierungsprozess wird angesichts der aktuellen Wirtschaftslage fortzusetzen sein. Voraussichtlich ist noch im Laufe dieser Ratsperiode mit den Vorbereitungen für ein Sparprogramm für die Zeit ab 2013 zu beginnen. Kredite werden trotz aller Sparbemühungen erforderlich sein, unter anderem für die oben dargestellten Gebäudesanierungen. Entsprechend fordern wir das Land als Kommunalaufsicht auf, bedarfsbezogen die Kredite zu genehmigen.

Bündnis 90/Die Grünen

Lothar Schlieckau, Vorsitzender Ratsfraktion, Mobil 0171/5253777

Maaret Westphely, Ratsfraktion, Mobil 0172/1704183

Carolin Friedemann, Mobil 01577/3832388